Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 138. Abendblatt. Sonnabend, den 21. März 1868.

Die Brochure Napoleons.

Die Brochure „Les titres de la dynastie napoléeonienne“ ist heute erschienen. Dieselbe trägt als Motto die Worte: Vox populi, vox Dei, und beginnt mit folgender Einleitung: Wir sind auf den Gedanken gekommen, die verschiedenen Kundgebungen des Nationalwillens, welche unter den beiden Republiken und unter den beiden Kaiserreichen die napoleonische Dynastie begründet haben, in eine Publikation zusammenzufassen. Es schien uns, daß aus dieser für die Geschichte interessanten Zusammenstellung sich eine große politische Lehre ergeben könnte.

Der erste Abschnitt bespricht die Thaten Napoleon's I. Zuerst dessen Staatsstreich 1799, den 18. Brumaire, der „Frankreich und die Revolution rettete“, dann das Konsulat auf Lebenszeit (1802) und endlich das Empire (1804), wobei die verschiedenen Abstimmungen, die bei jeder Abänderung der Verfassung stattfanden, angeführt und die Proklamationen mitgetheilt werden, welche Napoleon I. bei diesen Gelegenheiten erlassen hat. Dann geht die Brochure zu Napoleon III. und zunächst zur „Präsidentschaft der Republik“ über und spricht sich darüber folgendermaßen aus: Fünfzig Jahre sind dahingegangen. Der Kaiser wurde vom Auslande gestürzt, die Restauration und die Julireglerung wurden es vom Volke; Frankreich ist eine Republik, und der Erbe Napoleon's I., der, welchen der Senatsbeschluß vom Floreal des Jahres XII. auf den Thron berief, befindet sich im Exil. Die Stimme des Landes sucht ihn dort auf. Der Prinz Louis Napoleon wird von vier Departements zum Volksvertreter ernannt. Er lehnt das ihm angebotene Mandat ab und bleibt auf fremder Erde, wohin die Eifersucht der provisorischen Regierung ihn zurückgewiesen hat. Sein Name erscheint mit erneuter Beharrlichkeit in allen partiellen Wahlen wieder und die vier Departements, welche ihn in die Nationalversammlung berufen, vermehren sich um ein neues Departement. Der Prinz kehrt hierauf nach Frankreich zurück und richtet an seine Mitbürger ein Manifest, worin er ihnen sagt: „Um mich aus der Verbannung zurückzurufen, haben Sie mich zum Repräsentanten ernannt. Am Vorabende der Erwählung des ersten Beamten der Republik tritt Euch mein Name als das Symbol der Ordnung und Sicherheit entgegen.“ Einige Monate später fanden die Wahlen für die Ernennung des Staatsoberhauptes statt, und trotz der ganzen Macht einer bestehenden Regierung, trotz aller Bemühungen einer im Allgemeinen feindseligen Presse wurde der Prinz zum Präsidenten der Republik gewählt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Zahl der abgegebenen Stimmen: 7,542,936.

Prinz Louis Napoleon	5,587,759,
General Cavaignac	1,474,687,
Ledru Rollin	381,026,
Raspail	37,121,
Lamartine	21,032,
General Changarnier	4,975,
Verlorene Stimmen	12,435,
Annullirte Stimmen	23,991.

Diese Ziffern sind dem Berichte entnommen, der am 20. Dezember der Nationalversammlung vorgelegt worden ist. Der Berichterstatter fügte hinzu, daß dieses noch nicht das ganz offizielle Resultat der Arbeit der Kommission sei, und sie es sich vorbehalten habe, eine Verifikation zu veranstalten. Aber es hat sich nirgenwo die Spur einer berichtigenden Revision vorgefunden, die niemals angestellt worden zu sein scheint. Eine große Anzahl von Stimmzetteln, welche die Worte: „Napoléon Empereur“ trugen, wurde annullirt. Prinz Napoleon war mit der Majorität von 5,587,759 Stimmen zum Präsidenten der Republik ernannt.

Der zweite Abschnitt trägt die Ueberschrift: „Die zehnjährige Präsidentschaft“, und beginnt mit folgender Einleitung: Man erinnert sich noch der Stimmung der Gemüther am Ende des Jahres 1851, welches das Datum einer neuen Aera für Frankreich ist. Während damals das Land, welches den Prinzen Louis Napoleon mit so großer Begeisterung gewählt hatte, nichts Anderes verlangte, als ihm seine Geschicke anzuvertrauen und sein Heil von ihm erwartete, gab die in ihrer Majorität aus den Trümmern der Parteien zusammengesetzte Majorität das Beispiel einer leidenschaftlichen Koalition, welche in ihren lärmenden Berathungen offen gegen den Präsidenten der Republik konspirirte. Zwischen den beiden aus der Wahlurne hervorgegangenen Gewalten konnte sich das Volk allein aussprechen. Der Prinz Napoleon erließ einen Aufruf an das Volk. Er richtete folgende Proklamation an dasselbe: (Folgt nun die Proklamation vom 2. Dezember 1851, das bekannte Dokument, worin der Staatsstreich angekündigt und die zehnjährige Präsidentschaft vorgeschlagen wird, sowie die Zahlen über die Abstimmung, die bekanntlich 7,473,431 „Ja“ und 641,351 „Nein“ als Resultat hatte.) Ihr schließt sich die Rede an, welche der Prinz Louis Napoleon an die Konsultativ-Kommission richtete, welche ihm das Resultat dieser Abstimmung in's Elysée, wo damals Louis Napoleon noch wohnte, brachte, und die er mit folgenden Worten schließt: In der That bildet die Befriedigung der Forderungen des Augenblicks durch Gründung eines Systems, welches die Autorität wiederherstellt, ohne die Gleichheit zu verletzen, ohne irgend einen Weg, welcher zur Verbesserung führt, zu verschließen, die wahre Grundlage des einzigen Gebäudes, das im Stande sein wird, später eine weise und wohlthätige Freiheit zu ertragen.

Der dritte Abschnitt führt den Titel: „Empire 1852“, und beginnt mit folgender Einleitung: Der Prinz Louis Napoleon hatte die Verlängerung seiner Gewalt als Präsident der Republik angenommen; stark in der Zustimmung des Volkes, hoffte er, daß zehn Jahre einer festen und liberalen Autorität hinreichen würden, um die Ruinen, welche man gebildet, wieder aufzubauen und die Ordnung in der Gesellschaft wieder herzustellen. Aber Frankreich wollte keine solche Unbeständigkeit in seinen Institutionen, das monarchische Gefühl regte sich in ihm mit unwiderstehlicher Gewalt. Während seiner Besuche in den Departements vernahm der Prinz Louis Napoleon überall inmitten der Huldigungen, die ihm zu Theil wurden, den Wunsch, das Kaiserreich wieder hergestellt zu sehen. Alle Generalräthe sandten Adressen ein, in denen sie denselben Wunsch ausdrückten. In der Stadt Bordeaux hielt der Prinz eine Rede, welche so zu sagen die Wiege der Kaiserlichen Monarchie geworden ist.

Nun folgt die Botschaft, welche der Kaiser nach der Rückkehr von seiner Reise nach Bordeaux an den Senat richtete (4. November 1852) und worin er auf Grund der Kundgebungen während dieser Reise demselben die Proklamation des Kaiserreichs in Vorschlag bringt, dann die Formel der Abstimmung, die Rede, welche der nunmehrige Kaiser an die Deputirten hielt, die ihm das Resultat der Abstimmung überbrachten, und die Rede, welche der Kaiser nach der Proklamation des Kaiserreichs an den Senat und die Kammer hielt (Palast von St. Cloud am 1. Dezember). Die Brochure sagt dann weiter: Die Opposition gegen die präsidentschaftliche Wahl war 1848 1,918,841 Stimmen stark; am 20. Dezember 1851 stimmten nur 641,351 gegen die zehnjährige Präsidentschaft, und bei der Gründung des Kaiserreichs war die Opposition auf 253,145 Stimmen reduzirt. Was jedoch vor Allem aus dieser Auseinandersetzung hervorgeht, ist, daß die napoleonische Dynastie während eines halben Jahrhunderts sechs Mal die Konsekration der nationalen Abstimmung erhielt. Onkel und Neffe haben den nämlichen Cyklus durchlaufen. Der eine wie der andere haben Frankreich von Abgründen hinweggerissen. Jeder von ihnen wurde dreimal berufen, war mit zeitweiliger, bald verlängerter Gewalt bekleidet, und beide ließen sich auf einem Throne nieder, den sie leer fanden. Konsulat und Präsidentschaft liefen beide gleicher Weise in das Kaiserreich aus. Es steht in der Geschichte einzig da, daß in einem Zwischenraume von fünfzig Jahren, nach so manchen Ereignissen, die ihn niederdrückten, der Volkswille, wie ein lange unter dem Sande verlaufener Fluß, aus den tiefen Schichten der Gesellschaft wieder hervorbricht und sein Niveau der Unabhängigkeit und nationaler Größe wieder einnimmt. Das Plebiszit von 1852 antwortet wie ein Echo auf dasjenige von 1804. Die 4 Millionen, welche das Erstaunen der Geschichtskundigen erregten, haben sich bis auf acht Millionen vermehrt, und Derjenige, welcher in Kraft der Verfassung des ersten Kaiserreichs zum Throne berufen war, wurde das Haupt des zweiten Kaiserreiches und vereinigte damit in seiner Person die Rechte der Erblichkeit und der Wahl. Von 1799 bis 1804 erhielt Napoleon I. zehn Millionen Stimmen. Von 1848 bis 1862 erhielt Napoleon III. deren zwanzig Millionen. Dreißig Millionen Stimmzettel, gezeichnet vom französischen Volke, wohlan, das sind die Titel der napoleonischen Dynastie! Wie oben gesagt, haben diese Dokumente uns würdig geschienen, gesammelt und zusammengestellt zu werden. Wir glauben, ihnen den Wortlaut der Verfassung von 1852 folgen lassen zu müssen. In einem Augenblicke, wo diese Verfassung, welche der Fundamentalpakt zwischen dem Volke und dem Kaiser geworden ist, der Gegenstand mehr oder weniger offener Angriffe und die Zielschreibe aller koalisirten Meinungen wird, hat es uns von Nutzen geschienen, sie dem Publikum wieder unter die Augen zu bringen und an die Umstände zu erinnern, welche sie hervorgebracht haben. Aus den dem 2. Dezember 1851 folgenden Akten hat man ersehen können, daß der Prinz-Präsident sich nicht darauf beschränkt hat, von der Nation außerordentliche Gewalten in Rücksicht auf Heilmittel für eine vorübergehende Situation, zu verlangen, sondern daß er ihr ein ganzes Regierungssystem vorgelegt hat, welches den dauernden Bedürfnissen des Landes angemessen war. Er willigte nur dann ein, die Geschicke Frankreichs zu leiten, wenn dieses System, welches an die Konsular-Tradition vom Jahre VIII sich anknüpfte, von der Nation günstig aufgenommen wurde. Niemals, daß wir es sagen, wurde eine Bedingung klarer gestellt und einstimmiger angenommen. Die Prinzipien, aus denen die Verfassung hervorging, waren demnach das Resultat eines freiwilligen Einverständnisses. Wenn aber auch ihre Rrundlagen fixirt sind und ohne ein Plebiszit nicht abgeändert werden können, so verträgt das Werk selbst doch allmälige Verbesserungen, es ist perfektibel. Das hat der Kaiser laut ausgesprochen am 31. Dezember 1851, als er sagte, er habe die Absicht, das Land zu einem weisen Gebrauche der Freiheit hinzuleiten. Fügen wir hinzu, daß das Dekret vom 24. November 1860 und der Brief vom 19. Januar 1867 diese Verheißung vervollständigt haben. Die Verfassung vom 14. Januar 1852 ist wie man weiß, die Verfassung des Kaiserreichs geworden. Die in der Form der Regierung bewerkstelligte Aenderung hat als Wirkung die Abschaffung oder Verbesserungen mehrerer Artikel gehabt, welche nicht mehr im Einklange mit dem neuen Zustande der Dinge waren. Es schien uns unnöthig, auf diesen Unterschied aufmerksam zu machen, da die Einsicht des Lesers diese Andeutungen selbst vervollständigen kann. Was die Aenderungen einer anderen Art anbelangt, so entspringen sie aus den verschiedenen Staatsbeschlüssen. Da sie so zu sagen, die Etappen der Regierung des Kaisers auf dem von ihr betretenen liberalen Wege bezeichnen, so beschränken wir uns darauf, diejenigen derselben anzudeuten, welche die meiste Wichtigkeit haben, und die großen Maßregeln aufzuzählen, welche ihre fast sofortigen Konsequenzen waren. Wir erwähnen den Akt, welcher die Debatten des Senats der Publizität der Journale übergab und die Veröffentlichung der Diskussion der beiden Kammern in extenso durch die Stenographie gestattet hat; der Sendung der Minister in die Kammern durch spezielle Delegation; das Interpellationsrecht; die Ausdehnung des Amendementsrechts für den gesetzgebenden Körper; das dem Senat bewilligte Recht, die Gesetze, welche ihm mangelhaft erscheinen, zur Prüfung an den gesetzgebenden Körper zurückzusenden; das Votum des Budgets nach Abtheilungen: das Aufgeben Seitens des Kaisers, in Abwesenheit der Kammern supplementarische und außerordentliche Kredite zu bewilligen; die Gesetze über die Befugnisse der General- und Munizipalräthe; die Gesetze über die Preßfreiheit; das Gesetz über die Koalitionen, und endlich das über das Vereinsrecht, welches sich noch in Berathung befindet. Die Gesammtheit dieser Dispositionen ist so zu sagen aus den Lenden der Verfassung hervorgegangen, die sich allen Bewegungen der Freiheit willig hingiebt und welche in dieser Beziehung eine ebenso sichere als fruchtbringende Neuerung war. Um den liberalen Charakter derselben zu würdigen, haben wir sie nur mit den Verfassungen der früheren Monarchieen zu vergleichen. Der Kaiser hat dieses selbst in der folgenden Stelle der Rede, mit welcher er die Session von 1861 eröffnete, hervortreten lassen.

Es folgt nun diese Stelle, und dann die Verfassung von 1852 nebst anderen auf die verschiedenen Abstimmungen Bezug habenden Dokumenten. So der Inhalt der Brochüre. Dieselbe erregt in Paris im Ganzen genommen wenig Aufsehen. Sie giebt zwar einigen Aufschluß über die Zukunft, indem sie zu verstehen giebt, daß wirklich liberale Konzessionen nicht zu erwarten sind. Das war aber schon im Voraus bekannt. Im Ganzen genommen ist die Schrift aber doch geschickt abgefaßt, und wer nicht weiß, daß durch die verschiedenen Senatsbeschlüsse und Gesetze die Lage im Grunde sich nur wenig geändert, in gewisser Beziehung sogar verschlimmert hat, der muß, wenn er die Reihe von Reformen, welche die Brochure aufzählt, betrachtet, wirklich glauben, daß das Kaiserreich seit 1852 großartige Fortschritte gemacht habe und der Kaiser ein ganz liberaler Mann sei.

Sehr ärgerlich wird dem Kaiserlichen Autor aber die Kritik des „Debats“ sein, die ihrer Enttäuschung in folgenden Worten Luft macht: „Es ist entschieden leichter, die öffentliche Neugier zu erregen, als sie zu befriedigen; die Menschen, welche in der Politik wie im Theater lebhafte Aufregungen und neue Situationen lieben, werden nach dem Lesen der neuen Brochüre ebenso enttäuscht sein, wie nach der des „sechsten Pakets“ (des Nachlasses von La Varenne). Die offiziöse Presse unterhielt uns seit ziemlich langer Zeit schon von einer Veröffentlichung, die das größte Aufsehen zu machen und die Situation mit einem unerwarteten Lichte zu beleuchten bestimmt sei. Nach einem ebenso feierlichen als geheimnißvollen Artikel des „Etendard“ schien es sogar, als sollte uns dies Werkchen gegeben werden anstatt einer neuen Ausdehnung unserer Freiheiten, an die man einen Augenblick gedacht hatte, und Jeder, im höchsten Grade gespannt, fragte sich, was eine Brochüre, die ein so kostbares Gut ersetzen sollte, sein müßte. Ach! wie ist unsere Erwartung getäuscht worden! Man fragte sich bebend, welche Feder würdig wäre, dieses zu solchem lauten Hinaustönen bestimmte Werk zu schreiben, und siehe da: zur Zusammenstellung desselben genügte eine Scheere. Man giebt uns kaum mehr als einen Auszug aus dem Bande von Thiers mit einer kleinen Anzahl von Dokumenten, die man bereits überall fand und einige aus dem „Moniteur“ ausschnittene Reden. Offizielle Blumen sind es, und der anonyme Autor hat aus Eigenem nicht einmal die Fäden gegeben, um sie zusammenzubinden. Diese Veröffentlichung konnte wenigstens ein gewisses historisches Interesse haben, wenn sie vollständig wäre, wenn sie alle wichtigen politischen Dokumente, welche die Geschichte des ersten und zweiten Kaiserreichs betreffen, enthielte. Zum Unglück aber kann man von diesem Gesichtspunkte aus die bedauernswerthesten Lücken aufweisen . . .“ Das „Journal des Debats“ schließt mit folgenden Worten: „Am 31. Dezember 1851 sagte der Kaiser, daß er das Land zu einer weisen Ausübung der Freiheit zu führen beabsichtige. Der Verfasser der Brochure glaubt hinzufügen zu können, daß das Dekret vom 24. November 1860 und der Brief vom 19. Januar 1867 dies Versprechen erfüllt haben. Man sieht an dieser Phrase, daß der Verfasser der Brochure zu der Gruppe von offiziösen Schriftstellern zu gehören scheint, die im vorigen Jahre durch die Reformen des 19. Januar verstimmt, sich festzustellen bemühten, daß sie das letzte Wort des Kaiserlichen Liberalismus enthielten und das nec plus ultra der Konstitution. Das genügt, um uns den Glauben an die Gerüchte zu benehmen, welche man über den Ursprung der Brochure verbreitet hat, um uns zu zeigen, daß diese Brochure nicht die Bedeutung hat, die man ihr beimessen wollte. Wir appelliren also mit Vertrauen von dem anonymen Schriftsteller an den Staatschef, der die liberalen Hoffnungen nicht entmuthigen wollen kann. Der erhabene Urheber der Konstitution muß sicherlich einsehen, wie unpolitisch es wäre, bezüglich innerer Reformen ein „Jamais“ auszusprechen, welches die Zahl der systematischen Oppositionen vermehren würde, um den kaum veröffentlichten Freiheiten laut zuzurufen: „Lasciate ognis peranza.“

Solchen bitteren Worten gegenüber ist es nun freilich schlimm, daß das Hofblatt „France“ ganz ohne Rückhalt von der „Kaiserlichen Brochure“ spricht und es ist nur schwacher Balsam, der in die Stichwunden träufelt, wenn sie und die offiziöse „Patrie“ die Arbeit ganz köstlich und die Idee ausgezeichnet finden.

Deutschland.

□ **Berlin**, 20. März. In der Presse befinden sich fortdauernd die verschiedensten Nachrichten in Betreff der orientalischen Frage und namentlich auch in Betreff der Haltung Preußens derselben gegenüber. Bald soll Preußen mit Rußland eine Verständigung zur Lösung der orientalischen Frage eingegangen, bald Frankreich sich bemühen, dieses Einverständniß zu lösen, bald Preußen um die Vermittelung angegangen sein, eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland herbeizuführen. Was die Haltung Preußens in dieser Frage anbelangt, so liegt es in seinem Interesse, freie Hand zu behalten und seine Entschlüsse erst bei eintretenden Ereignissen zu fassen. Wenn aber Frankreich und Rußland sich über die zu ergreifenden Maßregel verständigen wollen, so bedürfen sie dazu der Vermittelung Preußens nicht, da bei den Großmächten von einer Vermittelung überhaupt nur im Fall eines Streites die Rede ist. Die fremden Mächte kennen übrigens die Haltung des preußischen Kabinets so genau, daß sie dasselbe schwerlich zu einer Vertretung ihrer Politik an fremden Höfen auffordern werden. Frankreich und Rußland haben selbstständig Verhandlungen in der orientalischen Frage geführt und werden sie auch ferner führen, ebenso wie Frankreich und Oesterreich ihre Ideen in dieser Angelegenheit ausgetauscht haben. Wenn endlich ein Artikel der „Patrie“ bemerkt, daß Oesterreich seine Zustimmung zu einer von Rußland vorgeschlagenen Konferenz wegen der orientalischen Frage von der Haltung Preußens zu derselben abhängig gemacht habe, so verdient derselbe schon darum keinen Glauben, weil er zur Voraussetzung haben würde, daß Preußen ein näheres Interesse als Oesterreich in der orientalischen Frage hätte. Oesterreich hat wegen seiner slawischen und rumänischen Bevölkerung an der Entwickelung der Dinge an der unteren Donau ein sehr großes Interesse, während die preußischen Interessen durch die Aufrechterhaltung oder Umgestaltung der stattlichen Verhältnisse in dieser Gegend durchaus nicht beeinträchtigt werden. — Die literarische Fehde zwischen dem Geh. Rath Wagener und Dr. Dühring wird von der liberalen Presse im politischen Parteiinteresse ausgebeutet und unter diesen Verhältnissen in widerwärtiger Weise breit getreten. Wie gewöhnlich laufen dabei viele Ungereimtheiten unter, wohin vor Allen der Umstand gehört, daß diese literarische Fehde mit der Besetzung der Stelle des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Costenoble in Verbindung gebracht wird. Die „Magdeb. Ztg.“, die sich überhaupt in neuester Zeit durch viele falsche und abgeschmackte Nachrichten auszeichnet, will sogar wissen, daß die Ernennung des Geh. Rath Wagener an Stelle Costenobles so gut wie sicher gewesen, in Folge des Dühringschen Falls aber rückgängig geworden sei. Es läßt sich nicht gut denken, wie eine literarische Fehde einen solchen Einfluß üben soll, deren Sachlage nebenbei noch gar nicht aufgehellt ist und die von einigen Zeitungs-Korrespondenten nur zum Skandalmachen mißbraucht wird. Andererseits ist zu konstatiren, daß eine Kandidatur für die Stelle des Herrn Costenoble noch gar nicht aufgestellt gewesen ist, wozu vor der Hand auch um so weniger Veranlassung vorliegt, als die Neubesetzung erst am 1. Juli erfolgt. Selbstverständlich wird für die Besetzung keine andere Rücksicht entscheidend sein, als daß zu der Stelle als erster vortragender Rath im Staatsministerium nur ein Beamter geeignet ist, dem reiche Erfahrungen in den verschiedensten Verwaltungszweigen zu Gebote stehen. — Anderweitigen Nachrichten gegenüber wird hier angenommen, daß die Regierung in Betreff der Mennoniten einen Ausweg einschlagen will, der denselben Gelegenheit bieten wird, ihrer Militär-Dienstpflicht zu genügen, ohne daß dabei den religiösen Ueberzeugungen derselben Eintrag gethan wird. — Wie groß die Sorgfalt der Regierung für die neuen Provinzen ist, beweist auch der Umstand, daß während des vorigen Jahres 6 Millionen Pflänzlinge von Nadelholz und 1 Million von Laubholz an Gemeinden und Private in der Provinz Hannover als Geschenk oder gegen Erlegung des Taxwerthes überlassen sind. — Das Schulkollegium der Provinz Brandenburg will ermitteln, welche Ergebnisse für den später eintretenden Schulunterricht die Unterweisung und Erziehung in den Kindergärten liefern. Bei der großen Zahl der in Berlin bestehenden Kindergärten hat sich das Kollegium an den hiesigen Magistrat gewandt, um zu veranlassen, daß die Schulvorsteher über ihre Erfahrungen nach dieser Richtung hin Mittheilung machen mögen. Es soll namentlich beobachtet werden, ob bei den Schülern und Schülerinnen, die früher Kindergärten besucht haben, die Befähigung für den Schulunterricht und die Schulerziehung auf die dortige Unterweisung gesteigert, oder ob sie in Folge der zu frühen und zu andauernden Anspannung der geistigen Kräfte geschwächt worden ist. — Im Ministerium der landwirthschaftliches Angelegenheiten ist man mit der Aufstellung der Erdrusch-Tabellen der vorigen Ernte beschäftigt. Der Erdrusch in denjenigen Theilen des Landes, wo eine günstige Ernte gewesen ist, hat den gehegten Erwartungen nicht entsprochen.

Berlin, 20. März. Die „A. A. Ztg.“ bringt eine ihr aus Hannover „von einer dem König Georg zugeneigten Seite“ zugehende Mittheilung, nach welcher der König schon bei dem Hietzinger Feste ganz unumwunden seine Ansicht aussprach, daß er von Preußen „keinen Groschen“ erhalten werde; diese Ueberzeugung

habe er auch schon beim Abschlusse des Vertrages gehabt. „Da er aber durch den Vertrag seinen Grundsätzen und seinen Rechten nichts vergeben habe, so habe er sich aus Rücksicht auf das braunschweigisch-lüneburgische Haus, dem der Vertrag früher oder später zu gute kommen könne, zum Abschluß desselben bereit finden lassen. Glücklicherweise befinde er sich in der Lage, es mit voller Ruhe ansehen zu können, wenn Preußen den Vertrag nicht erfülle." Der ganze Vertrag war also eine Kriegslist, um theils zur Silberkammer zu gelangen, theils dem Kronprinzen die splendide Abfindungssumme schon jetzt zu sichern, wenn die Restaurationsträume sich denn doch nicht verwirklichen sollten.

— Durch Rundschreiben vom 18. März hat Graf Bismarck den Mitgliedern des hiesigen diplomatischen Korps mit Berufung auf sein früheres Rundschreiben vom 26. Februar angezeigt, daß, obgleich sein Gesundheitszustand noch einige Vorsicht erfordere, er die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen wieder übernommen habe.

— Gestern Abend hielt der Ausschuß des Bundesrathes des norddeutschen Bundes eine Sitzung ab, in welcher der Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung, berathen wurde.

— Die Kommission des Bundesraths zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Civilprozeßordnung für das Gebiet des norddeutschen Bundes hat sich für die Aufhebung der Personalschuldhaft im Prinzip entschieden und ist mit Entwerfung eines dahin gehenden Gesetz-Vorschlages beschäftigt.

— Die dem Bundesrath des Zollvereins gemachte Tabacksteuer-Vorlage ist nunmehr zum Referate vertheilt worden, und zwar an den Vertreter Sachsens als Referenten und an den Vertreter Baierns als Korreferenten.

— Ueber die bereits von uns erwähnten Unruhen in Kaukehmen erhält die „K. H. Ztg." jetzt nachstehende nähere Angaben: Am Sonnabend Nachmittag rottete sich eine Masse Menschen zusammen (es wurde gerade Gespinnst vertheilt), die mit Gewalt von dem Nothstands-Comité Gelder erpressen wollten. Nach langem Debattiren verliefen sich die Tumultuanten, versprachen aber Montag in größeren Massen wieder zu kommen und einzuhauen. Inzwischen gingen Drohbriefe ein, den Vereinsvorstehern sollten ihre Wohnungen demolirt werden, ja sogar Drohungen von Messerstichen u. s. w. waren brieflich ausgestoßen worden. Die Sache schien ängstlicher Natur zu werden und es wurde das K. Dragoner-Regiment in Tilsit durch expresse Boten um Hülfe gebeten; gleichzeitig wurde eine Bürgerwehr organisirt. Wirklich zogen Montag früh von allen Seiten, in Rotten von 10 bis 15 Mann, eine Unmasse Menschen ins Dorf, stutzten aber doch, als sie von der bewaffneten Bürgerwehr hörten und wollten ihr Geschäft bis zum Nachmittag verschieben. Inzwischen rückten aber 40 Mann Dragoner und ein Offizier ein, worauf sich alsbald die Menge von den Straßen verzog und verschwand.

— Bezüglich der Spielfrage ist bei der Wiesbadener Kurhaus-Administration ein Schreiben des Herrn Ministers des Innern Grafen Eulenburg eingelaufen, in welchem dreierlei mitgetheilt wird. Erstens, daß an dem vom 5. März publizirten Gesetz, das Verbot des Sonntagsspiels betreffend, festgehalten werden müsse; zweitens daß der Herr Minister, in Bezug auf die von den Herren Direktoren Schwend und Nayß gemachten Vorschläge, sich nicht für befugt erachte, das Winterspiel während der Monate Januar, Februar und März zu befürworten; drittens, daß der Herr Minister der hiesigen Administration demnächst die Bedingungen eröffnen werde, unter welchen ein Wiedereröffnen des Spieles in Wiesbaden vom 1. April 1868 gestattet sei.

— Aus Danzig meldet die „Danz. Ztg.": Nach hier eingegangenen Nachrichten werden die an der Königlichen Schrauben-Korvette „Vineta" im Dock zu Shanghai vorgenommenen Reparatur-Arbeiten früher, als man Anfangs erwartete, und zwar Ende dieses Monats, beendigt sein. Das Schiff soll unmittelbar darauf seine Rückreise nach Europa antreten; es wird etwa im September in den heimischen Gewässern erwartet.

— Die Regierung des Vicekönigs von Egypten strebt schon seit längerer Zeit dahin, die in allen Ländern des Orients bestehende Konsulargerichtsbarkeit für Egypten zu beseitigen. Dem Vernehmen nach haben Anträge, die dahin zielen, die Zustimmung der Großmächte dafür zu erlangen, daß ihre Konsuln auf Ausübung der Gerichtsbarkeit in Egypten verzichten, neuerdings theilweise Erfolg gehabt. England und Frankreich und auch Preußen sollen — mit Vorbehalt von Garantieen für Einführung einer die Interessen der in Egypten lebenden Europäer sichernden Rechtspflege — sich bereit erklärt haben, die ihren Konsuln zustehende Jurisdiktion aufzugeben.

Königsberg i. P., 20. März. Kommerzienrath Stephan ist aus dem Ausschuß des deutschen Handelstages geschieden; gleichzeitig hat das Vorsteheramt der Kaufmannschaft seinen Austritt aus dem Handelstage erklärt.

— Die Schifffahrt für Dampfer ist heute durch die hier eingetroffenen Stettiner Dampfer „Preuße" und „Borussia", sowie die englischen Dampfer „Sewern" und „Cossack" eröffnet worden. Die Eröffnung der Schifffahrt für Segelschiffe ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Dortmund, 19. März. Der Abgeordnete Harkort wurde gestern bei dem hiesigen Kreisgerichte verantwortlich darüber vernommen, ob er der Verfasser des vor den jüngsten Reichstagswahlen von ihm unter seiner Namensunterschrift veröffentlichten Aufsatzes: „Keine neue Steuern!" sei. Herr Harkort bejahte die Frage und behielt sich seine weiteren Ausführungen über den wahrheitsgetreuen Inhalt des Aufsatzes für die mündliche Verhandlung vor.

Frankfurt a. M., 20. März. Die Versammlung der Stadtverordneten erklärte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem von dem Magistrate an die Regierung gerichteten Schreiben einverstanden, durch welches letztere ersucht wird, der Stadt Frankfurt eine gesonderte Stellung direkt unter dem Oberpräsidenten zu geben.

Darmstadt, 20. März. Ueber die Wahlen zum Zollparlament sind bisher folgende Resultate bekannt geworden: Darmstadt-Groß-Gerau: Fabricius 2534 Stimmen, Hoffmann 2465, Stuttmann 75. Eine Neuwahl ist wahrscheinlich. Mainz: Bamberger 5951 Stimmen, Dumont 5122. Alzey-Bingen: Metz 7098 Stimmen, George 2354. Worms-Heppenheim: Pfannenbecker 714 Stimmen, Finger 486. Von einzelnen Orten sind die Resultate der Wahlen noch unbekannt. — Die Wahlen Büchners im Odenwald und Kuglers in Offenbach sind wahrscheinlich.

Mainz, 20. März. Nach dem nunmehr feststehenden Resultat der hier stattgehabten Wahl zum Zollparlament erhielt Bamberger 6150, Dumont 5500, der Kandidat der Lassalleaner 350 Stimmen.

Karlsruhe, 20. März. Nach hier eingegangenen Mittheilungen ist im Wahlkreise Tauberbischofsheim die Wahl des ultramontanen Kandidaten Bissing für das Zollparlament unzweifelhaft.

Ausland.

Wien, 20. März. Im Herrenhause wurde heute die General-Debatte über das Ehegesetz fortgesetzt. Für den Antrag der Majorität des Ausschusses (Einführung weltlicher Ehegerichte, der Nothcivilehe und des bürgerlichen Gesetzbuches in Ehesachen der Katholiken) sprachen Graf Hartig, Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz, Freiherr v. Krauß und Graf Auersperg. Für den Minoritätsantrag sprachen Fürst Salm, Prof. Dr. Arndts und Kardinal Schwarzenberg, welcher davor warnt, dem Kaiser einen Bruch des Konkordats anzurathen.

Triest, 20. März. Levantepost. Alexandrien, 14. März. Aus Antalo wird vom 26. v. Mts. gemeldet, daß König Theodor mit dem ganzen Heere in Magdala verweilt; das Befinden der Gefangenen ist gut. Der Gesundheitszustand des britischen Heeres wird als völlig zufriedenstellend bezeichnet.

Ueberlandpost. Hongkong, 12. Februar. Der der „Peninsular Company" zugehörige Dampfer „Niphon" ist gescheitert; die Ladung ist verloren, mehrere Personen sind ertrunken. — Aus Japan wird gerüchtweise gemeldet, daß es zwischen den Eingeborenen und den dort ansässigen Franzosen und Amerikanern zu Feindseligkeiten gekommen sei; von japanesischen Seite ist angeblich auf amerikanische Kriegsschiffe geschossen, die Fremden sollen sich in Hiogo zur Abfahrt rüsten.

Bern, 20. März. Dem Vernehmen nach ist bei den Verhandlungen wegen des schweizerisch-deutschen Postvertrages das Porto für frankirte Briefe durch das Gesammtgebiet der betheiligten Staaten auf 25 Centimes, für unfrankirte auf 50 Centimes fixirt worden.

Paris, 20. März. Der Prozeß gegen die Journale „La Situation" und „Figaro" kam heute vor dem Zuchtpolizeigerichte zur Entscheidung. Richard, der Redakteur des „Figaro", wurde zu 2 Monaten Gefängniß und 5000 Francs Geldbuße, Grenier, Redakteur der „Situation", zu 1000 Frcs. Geldstrafe (aber nicht zu Gefängniß) verurtheilt.

— In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde eine Vorlage eingebracht auf Bewilligung von 2 Millionen Francs zur Unterstützung der nothleidenden Bevölkerung Algeriens. — Jules Simon begründete seine Interpellation über das Institut der prud hommes (Schiedsrichter zwischen Arbeitern und Arbeitgebern). — Nachdem der Handelsminister geantwortet hatte, wurde über die Interpellation zur Tagesordnung übergegangen. — Mathieu verlas den Bericht der Kommission über den Antrag, die gerichtliche Verfolgung des Deputirten Vicomte de Kerveguen zu genehmigen. Die Kommission befürwortet die Genehmigung des gerichtlichen Verfahrens, womit sich die Kammer einstimmig einverstanden erklärte.

Paris, 20. März. Im Senat wurde heute das Kontingentsgesetz angenommen, nachdem sich an der Debatte darüber die Senatoren Larabit, Mentque, Leroy, Allard und der Kriegsminister Marschall Niel betheiligt hatten. Letzterer konstatirte die günstige Aufnahme, welche das Militärgesetz im Lande gefunden und die patriotische Bereitwilligkeit für den Dienst in der mobilen Nationalgarde.

London, 20. März. Bei dem Staatssekretär für Indien sind Nachrichten aus Abyssinien eingegangen, welche weitere Mittheilungen über die Zusammenkunft zwischen General Napier und dem Fürsten Kassai enthalten. Nach denselben versprach der Fürst, welcher ein Gefolge von 10,000 Personen mit sich führte, die Verpflegung der englischen Truppen in seinem Gebiete anzuordnen. Am 2. d. M. war General Napier mit den Spitzen der Truppen und 4 Geschützen in Antalo angelangt. Der Vortrab rückte am folgenden Tage gegen Aschang.

Madrid, 20. März. Man versichert, daß die Regierung in Paris eine Anleihe im Betrage von 50 Millionen Franks abgeschlossen habe.

Calcutta, 22. Februar. Die Regierung sagt in der Erwiderung auf das Memorial der hiesigen Kaufleute in Betreff der anglo-indischen Telegraphenlinie, daß sie der Angelegenheit die größeste Beachtung widme. Es ist darüber eine Depesche an den Staatssekretär für Indien geschickt worden. — Die Ankündigung, daß die wöchentliche Post in Calcutta künftig an den Sonntagen geschlossen werden soll, hat sehr große Unzufriedenheit erregt. — Rt. Hon. Davis ist zum Sekretär des Aeußern ernannt. William Muir hat die Stelle des Lieutenant-Gouverneurs der Nordwest-Provinzen vor Kurzem angetreten. Sein Nachfolger im Rath wird wahrscheinlich John Strachey. — Die neueste Expedition zur Erforschung des Königreichs Burmah ist im Vorschreiten begriffen. — Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein ist in Calcutta angekommen.

Bombay, 29. Februar. Die Baumwollendistrikte Khandeish, Berar und Central-Indien haben sehr durch Regen und Hagel gelitten. Man befürchtet, daß fast die halbe Ernte zerstört sein wird. — Die Regierung hat plötzlich angekündigt, daß vom 1. März an das Briefporto erhöht werden solle. Wahrscheinlich werden öffentliche Meetings stattfinden, um gegen diese Maßregel zu protestiren. — Telegramme von Peshawur melden, daß Azim Khan getödtet ist.

Pommern.

Stettin, 21. März. Durch die seit einigen Tagen stattfindenden Hebevorrichtungen zur Ableitung des Wassers aus dem sogenannten Schwanenteiche und dessen Umgebung ist das Wasser bereits um 5 bis 6 Zoll gefallen. Nichts desto weniger wird es noch längerer Zeit bedürfen, um das Wasser — selbst wenn dies wider Erwarten gelingen sollte — vollständig zu beseitigen.

— Die „Preußische National-Versicherungs-Gesellschaft" hierselbst hat gestern ihren Geschäftsabschluß pro 1867 ausgegeben. Wir entnehmen demselben folgende Spezialien. In der See-Versicherungs-Branche wurden versichert 8,183,939 Thlr. und sie lieferten an Prämie 164,097 Thlr. 15 Sgr. Die Strom-Versicherungs-Branche brachte an Versicherungs-Kapital 12,206,905 Thlr., an Prämie 20,212 Thlr. 26 Sgr. 2 Pf. Gegen Feuerschaden wurden versichert 427,841,359 Thlr., mit einer Prämien-Einnahme von 688,370 Thlr. 9 Sgr. Das Erträgniß des Zinsen-Konto's ist 59,273 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. Die Ausgaben betrugen in der See-Versicherungs-Branche für Rückversicherungs-Prämien, Storni und Rückgaben 55,557 Thlr. 9 Sgr., für bezahlte und taxirte Schäden 72,744 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf., für Prämien-Reserve auf 1868 23,198 Thlr. 17 Sgr., zusammen 151,500 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. In der Strom-Versicherungs-Branche für Rückversicherungs-Prämie, Rabatt und Agentur-Provision 7817 Thlr. 6 Sgr. 1 Pf., für bezahlte und taxirte Schäden 13,012 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf., zusammen 20,829 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. In der Feuer-Versicherungs-Branche für Rückversicherungs-Prämie 132,538 Thlr. 20 Sgr. 5 Pf., für Agentur-Provision 54,075 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf., für bezahlte und taxirte Schäden 161,571 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf., für Prämien-Reserve auf 1868 und eq. 211,801 Thlr. 5 Sgr., zusammen 559,986 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf. Auf dem Effekten-Konto wurden abgeschrieben 6839 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. Die Unkosten betragen 59,257 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf., vom Utensilien-Konto sind abgeschrieben 460 Thlr. 2 Pf. und vom Grundstück-Konto 1385 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. — Der Gesammt-Einnahme von 931,953 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. steht die Gesammt-Ausgabe mit 800,259 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. gegenüber, so daß sich ein Geschäfts-Gewinn von 131,694 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. ergiebt. Nach Uebertragung von 4500 Thlr. auf das Dividenden-Ergänzungs-Konto und Absetzung der Tantieme an den Verwaltungsrath und die Direktoren mit zusammen 6315 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. verbleiben 120,879 Thlr., welche eine Dividende im Betrage von $16\frac{1}{2}$ Thlr. pro Aktie an die Aktionäre ergeben. Der Reserve-Fonds verbleibt mit 300,000 Thlr. in der statutengemäßen Höhe.

— Gestern Vormittag verunglückte ein beim Löschen des Dampfers „Milo" beschäftigter Arbeiter dadurch, daß eine zu straff gespannte schwere Kette riß und mit einem Ende ihn derartig in das Kreuz schlug, daß er bewußtlos zu Boden stürzte und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Man befürchtet, daß die Wirbelsäule des Unglücklichen gebrochen ist.

— Eine berüchtigte Ladendiebin, die u verehelichte Dobberstein, welche namentlich die Weihnachtszeit für ihre Thätigkeit benutzt hatte, wurde damals zum Gefängniß eingeliefert, indessen nach einiger Zeit wieder entlassen, da ihr mütterliche Pflichten für ihr außereheliches 6monatliches Kind oblagen. Ihre Freilassung hat sie indessen sofort zur Verübung neuer Diebstähle benutzt und ist ihrer Thätigkeit deshalb gestern neuerdings durch Verhaftung ein Ziel gesetzt worden.

— In der Zeit vom 18. zum 19. d. Mts. sind aus einer verschlossenen Bodenkammer Breitestraße Nr. 60 mittelst gewaltsamen Aufbrechens des Vorhängeschlosses verschiedene Gegenstände; durch den Arbeiter Sam. Franke aus einer Wohnung Junkerstr. Nr. 4, während seine Schlafwirthin sich aus derselben auf kurze Zeit entfernt hatte, eine silberne Cylinderuhr und einige Kleidungsstücke gestohlen worden.

Stargard, 21. März. Der gestern hier abgehaltene Viehmarkt war sowohl mit Pferden wie auch Rindvieh ziemlich stark besetzt. Die Preise waren hoch gestellt, und trotzdem daß mehrere fremde Käufer anwesend waren, so wurde doch unter den Pferden nur wenig, unter dem Rindvieh hingegen mehr gehandelt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 20. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Lina, Petersen; Catharina Sophie, Petersen; Louise, Friedrichsen von Svendborg. Mary Ann, Simpson; Starbeam, Mauntdin; Harriet Döbing, Peterson von Middelsbro. Margareth West, Dockar; Janet Duncan, Scott von Dysart. Isabella, Nicholsen von Burghead. Albert, Zobel von Kopenhagen. Content, Rolfs von Rendsburg. Nimrod, Smity von Tayport. Wind: SW. Revier $15\frac{1}{2}$ F. Strom ausgehend. 6 Schiffe im Ansegeln.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. März. Witterung: trübe. Temperatur + 9° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen niedriger verkauft, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 96 bis 104 Rt. nach Qual., bunter 93—103 Rt., weißer 104—108 Rt., ungarischer 92—98 Rt., 83—85pfd. Frühjahr $101\frac{1}{2}$, $100\frac{3}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $101\frac{1}{4}$, $100\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Roggen stark weichend, pr. 2000 Pfd. loco 75—78 Rt., galiz. 72 bis 74 Rt. bez., Frühjahr 75, 74 $74\frac{1}{4}$, 73 Rt. bez., Mai-Juni $73\frac{3}{4}$, 74, 73 Rt. bez., Juni-Juli 72, $72\frac{1}{4}$, $71\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juli-August $67\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste weichend ohne Handel.

Hafer niedriger, per 1300 Pfd. loco 37—39 Rt., 47—50pfd. pr. Frühjahr und April-Mai $37\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Erbsen ohne Handel.

Rappkuchen loco hiesige $2\frac{1}{3}$ bez., fremde frei Bahn 2 Rt. 7 Sgr.

Rüböl unverändert, loco $10\frac{3}{4}$ Rt. Br., März $10\frac{13}{24}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{5}{8}$ Rt. Br., Mai-Juni $10\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $10\frac{3}{4}$ Rt. Br., September-Oktober $10\frac{5}{6}$ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $20\frac{7}{24}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Frühj. $20\frac{1}{12}$, 20 Rt. bez., Mai-Juni $20\frac{3}{8}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Juni-Juli $20\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet. 500 Wspl. Hafer.

Regulirungs-Preise: Weizen 101, Roggen 74, Rüböl $10\frac{13}{24}$, Spiritus 20.

Landmarkt.

Weizen 98—109 Rt., Roggen 76—79 Rt., Gerste 53—55 Rt., Hafer 38—40 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 70—72 Rt. pr. 25 Scheffel, Stroh pr. Schock 7—$7\frac{1}{2}$ Rt., Heu pr. Ctr. 14—18 Sgr.

Hamburg, 20. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco geschäftslos. Weizen auf Termine matt. Roggen weichend, ab auswärts mehr beachtet. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Gd., März-April $176\frac{1}{2}$ Br., 176 Gd., per Frühjahr 176 Br., 175 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 134 Br., 133 Gd., pr. März-April 131 Br., 130 Gd., per Frühjahr 131 Br., 130 Gd. Rüböl besser, loco $23\frac{3}{4}$, per Mai $23\frac{3}{4}$, per Oktober $24\frac{1}{4}$. Spiritus ohne alle Kauflust, zu 28 1/[illegible] angeboten. Zink unverändert. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 20. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. März 285, pr. Mai 290, per Juni 284, pr. Juli 274. Rüböl per März $36\frac{1}{4}$, pr. November-Dezember $37\frac{1}{4}$.

London, 20. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 29,490, Gerste 6960, Hafer 33,870 Quarters.

Weizen ruhig. In fremdem nur Detailgeschäft zu Preisen vom letzten Montag. Gerste unverändert. Hafer williger. Leinöl ab Hull loco $33\frac{1}{2}$. Regenwetter.